

unser
Janosch
Weihnachtsangebot

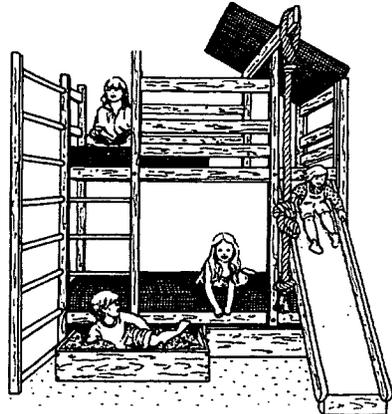


bis DM 100,-/ + DM 3,- Versand

Kinder-Jogger aus 100% BW
Motiv „Weihnachts-Bär“
Gr. 92-128, weiß **39,50**
„Löwenzahn + Seidenpfote“
Gr. 104-176, blau **49,50**

das

ABENTEUER-Kinderzimmer
von dem Jungen und Mädchen
träumen



+ CLUB Urlaub
+ **RANGE ROVER - strada -**
die große Limousine für
Geschäfts-/Familienreisen

Jogger bestellen
(Rückgaberecht b. Nichtgefallen)
+ Prospekt anfordern bei:



vertrieb für „wohnen & leben“
postfach 13 01 81, d-6100 darmstadt 13
telefon 0 61 81-8 36 78

register

GESTORBEN

Seyni Kountché, 56. Europäische Entwicklungspolitiker priesen den Militärdiktator der dürren Sahel-Republik Niger als Musterschüler. Der asketische Moslem, der sich im Hungerjahr 1974 an die Macht geputscht hatte, vermied die ruinösen Fehler vieler afrikanischer Kollegen. Statt Entwicklungshilfegelder und Exporterlöse für unproduktive Fabriken, luxuriöse Präsidentenpaläste und Kongresszentren zu verschwenden, sorgte er für Bewässerungsanlagen in den Dörfern und für ordentliche Agrarpreise. So wurde Niger zum einzigen landwirtschaftlichen Selbstversorger der Region. Außenpolitisch setzte Kountché, der für die Franzosen in Indochina gekämpft hatte, auf die alte Kolonialmacht: Seinem wichtigen Uran-Lieferanten bot Frankreich Schutz vor dem kriegslüsteren Nachbarn Gaddafi. So konnte der unbestechliche und arbeitswütige Offizier sein Sechs-Millionen-Volk mehr als zehn Jahre lang autoritär, aber fast unangefochten regieren. Seyni Kountché starb vergangenen Dienstag in Paris an einem Hirntumor.



Ross Barnett, 89. Als Gouverneur des US-Bundesstaates Mississippi versuchte es der fanatische Rassist mit der zunehmend erfolgreichen schwarzen Bürgerrechtsbewegung aufzunehmen: 1962 stellte er sich dem ersten Schwarzen, der seine Zulassung zu der bis dahin Weißen vorbehaltenen Staatsuniversität vor Gericht erstritten hatte, in den Weg. Mit gezogenen Pistolen erzwangen Bundespolizisten im Auf-



trag der Kennedy-Regierung den Abzug des Gouverneurs und die Immatrikulation des schwarzen Studenten. Gegen den erbitterten Widerstand der weißen Südstaatler hatte die farbige Bevölkerung damit einen weiteren Sieg im Kampf gegen die Rassendiskriminierung errungen. Barnett begleitete das Rückzugsgefecht des alten Südens mit Herzmenschenparolen: „Der schwarze

Mann ist anders als wir, weil Gott ihn anders geschaffen hat, um ihn zu bestrafen.“ Als wenig später herauskam, daß Barnett Justizminister Robert Kennedy vor seiner Aktion auf dem Campus signalisiert hatte, daß er mit dem Auftritt nur seinen Wählern imponieren wollte, ließen ihn auch seine Gesinnungsgenossen fallen. Mit seiner Amtszeit endete 1964 seine politische Karriere. Ross Barnett starb am vorvergangenen Freitag in Jackson im US-Staat Mississippi.

Walerij Alexandrowitsch Belikow, 62. Der Sowjet-Offizier, Soldat seit 1942 und KPdSU-Mitglied seit 1949, machte zuerst als Panzer-Fachmann Karriere. 1976 wurde er Befehlshaber des Wehrkreises Nordkaukasus; ziviles Mitglied im Komitee dieses Wehrkreises war der damalige Parteichef von Stawropol, Michail Gorbatschow. Belikow, seit 1983 Armeegeneral, wurde 1986 als Kandidat ins ZK der KPdSU gewählt und erhielt als Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland den attraktivsten Außenposten der Sowjet-Armee. Walerij Belikow starb vergangenen Donnerstag in Wünsdorf (DDR) an akutem Herzversagen.

URTEIL

Alexander Warrikoff, 53, und **Wolfgang Stoll**, 63, Geschäftsführer der Hanauer Plutoniumfabrik Alkem, verließen nach 20 Verhandlungstagen den Gerichtssaal als unbescholtene Bürger; die Wirtschaftskammer des Landgerichts Hanau sprach sie und die drei der Beihilfe angeklagten Aufsichtsbeamten aus dem Wiesbadener Wirtschaftsministerium von dem Vorwurf frei, eine kerntechnische Anlage illegal betrieben zu haben. Das Ende des aufsehenerregenden Prozesses gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten Warrikoff und seine Mitstreiter setzt einen nicht minder spektakulären Vorgang in Gang, weil jetzt gerichtsnotorisch ist, daß die Hanauer Atomfabriken nicht förmlich nach Recht und Gesetz betrieben werden. Auf Freispruch erkannte die Kammer, weil sich die Angeklagten der Rechtswidrigkeit ihres Tuns subjektiv nicht bewußt gewesen seien. Tatsächlich aber, so das Gericht, seien die umstrittenen „Vorabzustimmungen“, mit denen ständig Veränderungen und Produktionsausweitungen in den Hanauer Atomfabriken unter Umgehung etwa der vorgeschriebenen Beteiligung der Öffentlichkeit genehmigt wurden, eindeutig „rechtswidrig“. Auf der Basis von 50 derart rechtswidrigen Genehmigungsakten arbeitet indes der gesamte Hanauer Nuklearkern. Der nächste Atomprozeß zeichnet sich darum ab – vor den Verwaltungsgerichten.